

Unter der Lupe: Beiträge zu linker Sicherheitspolitik

Matthias Höhn, für die Linke im Verteidigungsausschuss des Bundestages, hat ein Papier zu linker Sicherheitspolitik vorgelegt und zur Debatte aufgefordert. In seinem Beitrag unterbreitet Höhn Anregungen und konkrete Vorschläge, wie die Friedens- und Sicherheitspolitik der LINKEN weiterentwickelt werden sollte. Es lohnt sich, sich konstruktiv damit zu beschäftigen, kritische Einwände sollten nicht ausgespart bleiben. Die Debatte wurde innerhalb der Partei, wie leider zu erwarten war, schnellstmöglich abgewürgt. Ein Kollege Höhns, Alexander Neu, Obmann der LINKEN im Verteidigungsausschuss hat sich an einer Replik versucht. A. Neu arbeitet sich dabei weniger an den konkreten Vorschlägen Höhns ab. Er sieht in dem Text im wesentlichen eine „*Aufweichung der friedenspolitischen Prinzipien der LINKEN*“. Eine Auseinandersetzung mit diesem Beitrag ist daher nur insofern interessant, als sich dort Prototypen einer ideologischen Denkweise wiederfinden, die unter den LINKEN, die sich friedenspolitisch engagieren, prominent vertreten sind.

I.

Was ist an den Vorschlägen von M. Höhn positiv zu bedenken und aufzugreifen, was kritisch zu bewerten?

Vertrauensbildung/neue Russland-Politik

Mit Vertrauensbildung beginnt Höhn und hat völlig Recht. Nach der Eskalation der Spannungen zwischen NATO und Russland seit der Ukraine-Krise 2014 scheint es nur noch um neue Hochrüstung, neue Waffenprogramme, Truppenverlegungen und politisch motivierte Sanktionen zu gehen. Daher ist es Schlüsselaufgabe deutscher Außenpolitik, die zum friedlichen Miteinander in Europa beitragen will, aus dieser Spirale herauszufinden. Es geht tatsächlich um kleine Schritte der De-Eskalation und der Vertrauensbildung. Die nach der Zäsur von 1990 vereinbarten Schritte (Wiener Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen, Open Skies, konventionelle Rüstungskontrolle) müssen reaktiviert und aktualisiert werden. Dazu liegen viele Vorschläge internationaler Expertenkommissionen auf dem Tisch. Das gilt auch für die Wiederaufnahme eines umfassenderen sicherheitspolitischen Dialogs, der möglichst im Rahmen der OSZE zu führen werde. Eine pragmatische Auflösung der Konfrontation wird, wie in der Neuen Ostpolitik Willy Brandts, auch erfordern, dass strittige Grundsatzfragen ausgeklammert bzw. zurückgestellt werden (Krim-Frage). Trotzdem

wird neu nachgedacht werden müssen, wie man dem nach 2005 formulierten russischen Wunsch nach einer neuen Europäischen Sicherheitsarchitektur entgegenkommen kann. Wie soll auf der Basis der KSZE-Schlussakte, die die territoriale Integrität aller Teilnehmerstaaten garantiert hat, mit den Grenzverschiebungen und den dadurch entstandenen Quasi-Staaten im postsowjetischen Raum umgegangen werden soll. Wahrscheinlich wird man auch nicht umhin kommen, die verschiedenen Körbe des KSZE-Prozesses wieder heranzuziehen. Dann stellt sich die Frage neu, welche Mindestgarantien die Menschenrechte betreffend soll es geben?

Um diesen Prozess voranzubringen, wird es notwendig sein, die unnützen, ja kontraproduktiven Wirtschaftssanktionen gegenüber der Russischen Föderation aufzuheben. Ein zentrales Element könnte stattdessen die Vereinbarung strategischer Kooperationen bilden - bei der Umsetzung des Klimaschutzabkommens (d.h. auch der gemeinsamen Erschließung der regenerativen Energie, in Gestalt gemeinsamer Off-Shore Windkraftparks bspw.) und bei der Bekämpfung von Pandemien. Beide Seiten – West und Ost – werden sich bewegen müssen.

Für eine eigenständige Europäische Union

Recht hat Höhn auch mit seiner Forderung, die EU müsse sich *„als politischer Akteur mit eigenständigen Interessen, Zielen und Wertem verstehen und auch als solcher agieren“*. Die Welt von heute ist durch die Herausbildung neuer multipolarer Strukturen, einen geopolitischen Wettlauf um maximalen globalen Einfluss mit den USA und China an der Spitze charakterisiert. Jochen Steinhilber von der Friedrich-Ebert-Stiftung spricht daher von einem Zangengriff, dem sich Europa entziehen müsse und empfiehlt statt aufgeregter geopolitischer Debatten um die Ertüchtigung der EU als globalem Akteur eine Rückbesinnung auf die Tugenden der EU, die mit dem nötigen Selbstbewusstsein und, wie ich gerne hinzufüge, der angemessenen Bescheidenheit, in die internationalen Prozesse einzubringen wären.¹ Eine eigenständigere politische Linie der Europäischen Union kann nicht darin bestehen, dasselbe wie die Anderen machen zu wollen, also bspw. globale „militärische Machtprojektion“, es hieße vielmehr, die eigenen proklamierten Werte und Ziele in die Welt von heute einzubringen. Dazu würde die Bevorzugung präventiver Diplomatie, die Stärkung internationaler Streitschlichtung ebenso gehören wie die Förderung sozialer und ökologischer Standards in den Handelsbeziehungen, eine Entwicklungspolitik, die auf Nachhaltigkeit und Solidarität setzt und das konsequente Eintreten für Menschenrechte. Die

¹ Siehe dazu: Marius Müller-Hennig (FES) über die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, in: Wissenschaft und Frieden, Heft 1/2021

europäische Initiative für ein EU Lieferkettengesetz, das Ausbeutung und Umweltzerstörung in den Ländern des Südens entgegenwirken soll, gehört unbedingt dazu. Um eine solche politische Orientierung gilt es zu kämpfen (auch, weil es dafür Ansätze und Chancen gibt), statt in der Beschwörung des Feindbilds eines Euro-Imperialismus, dem Widerstand entgegenzusetzen wäre, zu verharren.

In diesem Kontext mahnt M. Höhn eine Verständigung der LINKEN über eine „europäische Sicherheitspolitik“ an. An der Stelle ist natürlich kritisch zu hinterfragen: Was bedeutet die gewünschte größere strategische Unabhängigkeit EU-Europas von den USA? Sollte dies so weit gehen, die militärischen Kapazitäten der USA inkl. nuklearer Abschreckung, weitgehend kompensieren zu wollen? Dies will er nicht (auch wenn ihm dies unterstellt wird) und plädiert stattdessen für eine mit konventionellen Mitteln (also ohne atomare Komponente) zu gewährleistende Verteidigungsunion. Die Frage wäre dann, ob eine solche Verteidigung mit Blick auf die gegebenen Kräfteverhältnisse zu gewährleistet wäre, oder ob es nicht doch eine immer noch einer von den USA garantierten nuklearen „Minimalabschreckung“ bedürfte? Man kann auch beides –die konventionelle wie die nukleare Abschreckung für obsolet, ja gefährlich halten. Und dafür gibt es viele vernünftige Gründe, die aber die Frage nicht beantworten, wie man zu einer solch radikalen Umorientierung kommen kann, die zudem auch im „Rest-Europa“ Platz greifen müsste. Davon sind wir leider weit entfernt. Ob eine Europäische Verteidigungsunion ein Schritt zu mehr Sicherheit, zu weniger Rüstung, sein könnte, oder - das wäre die Gegenthese - zu mehr Gefahr im Sinne globaler Interventionsbereitschaft führen würde, sollte eingehender erörtert werden. Bisher war eine solche Debatte eher müßig, da den Bestrebungen für eine Euro-Armee starke nationale Gegenkräfte im Weg standen. Das könnte sich evtl. ändern und darauf sollte sich die LINKE einstellen. Tabus werden da nicht weiterhelfen. Zumindest sollte die Frage geprüft werden, ob eine Europäische Verteidigungsunion, verbunden mit dem Primat einer Friedenspolitik mit friedlichen Mitteln, denkbar ist. Dazu gehört wesentlich die Frage, ob sie konzeptionell auch Einspar- und Rüstungsminderungspotenzialen enthalten würde. Und ob damit sogar der Weg zu einer gesamteuropäischen Friedens- und Abrüstungspolitik erleichtert würde. Eine kühne Annahme gewiss, aber darüber zu streiten, wäre kein Fehler.

Ob die vollständige Abgabe nationaler Hoheit über die Streitkräfte, wie es sich M. Höhn vorstellt, wirklich auf der Tagesordnung steht, bezweifle ich. Sie würde zumindest eine konsequente Parlamentarisierung/Demokratisierung der Europäischen Union und einen unmissverständlichen Konsens über den Auftrag der Streitkräfte voraussetzen. Das ist

Zukunftsmusik. Ich halte im Übrigen die Gefahr nationaler Alleingänge, vor der Höhn warnt, für gering. Zumal wenn es um Deutschland und militärische Missionen im Ausland geht. Die „deutsche“ Sicherheitsphilosophie, ist strikt daran ausgerichtet und das hat viel mit deutscher Geschichte zu tun, dass man nicht allein agieren will. Das Bundesverfassungsgericht hat dies in seinem Urteil vom Juli 1994 festgeschrieben, das Parlamentsbeteiligungsgesetz baut darauf auf.

Weniger für die Rüstung, mehr für Entwicklung

Den Anspruch, den Umfang der Bundeswehr zu reduzieren, die Rüstungsausgaben zu senken, haben Höhn und ich gemeinsam. Seine konkreteren Überlegungen dazu, teile ich nur bedingt. Die Bundestagsfraktion, der ich von 2005 bis 2013 angehörte, hat 2011 ein Bundeswehrkonzept verabschiedet, das eine Verringerung des Umfangs der Bundeswehr um die Hälfte auf ca. 125.000 Personen vorsah. Das stand damals im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um eine Bundeswehrreform „an Haupt und Gliedern“ (u.a. Aussetzung Wehrpflicht)- und es ging darum in der tagespolitischen Auseinandersetzung einen linken Gegenentwurf zu platzieren. Nur am Rande: Das Konzept wurde umgehend ad acta gelegt und von nachfolgenden Fraktionen nicht wieder aufgegriffen. Für eine neue, ernsthafte Debatte über Eckpunkte einer Reform der Bundeswehr wären ein paar neue Überlegungen unverzichtbar. Es müsste genauer bilanziert werden, wie die Truppe heute aufgestellt ist, welche Änderungen der Personalstruktur in welchem Zeitraum überhaupt möglich sind. Welche Schlüsse sind aus dem veränderten Umfeld (Desillusionierung bei den Auslandseinsätzen, „Bedrohungslage“) zu ziehen, welche Fähigkeiten, will Deutschland im Rahmen des UN-Peace-keeping einbringen sind und welche Fähigkeiten sind „europäisierbar“ usw. usf.? Dabei wird man um die Expertise von „Militärfachleuten“ nicht umhin kommen, um sich dann eine eigene Meinung zu bilden.

Was die beständige Klage von Bundeswehrverband und bundeswehr-affinen Medienleuten über die unterausgestattete und nicht dienstbereite Truppe angeht, so scheint mir ebenfalls ein genauerer Blick notwendig. Es hat sich in meiner Zeit als Mitglied des Verteidigungsausschusses herausgestellt, dass manches Lamento eher dem Wunsch nach „noch besserer Ausrüstung“ geschuldet war.

Skeptisch beurteile ich den Vorschlag, auf die 1:1-Idee der jetzigen Regierungskoalition zurückzugehen. Von den NGO`s im Feld der internationalen Politik damals euphorisch begrüßt, sollten Militär- und Entwicklungsausgaben, die man gleichermaßen

sicherheitspolitisch umdefiniert hat, gleichgestellt werden. Der jeweilige Aufwuchs oder Abbau sollte im Gleichklang erfolgen. Damit wurde zumindest zeitweilig ein beträchtlicher Anstieg der Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit erreicht, woran allerdings ein nicht ganz kleiner Teil für die Abwehr der Migrationsbewegungen zweckentfremdet wurde. Von einer Umsetzung dieser Formel konnte insofern zu keinem Zeitpunkt die Rede sein. Schon deshalb ist extreme Vorsicht angebracht, wenn von einem „ganzheitlichen Ansatz“ in der Sicherheitspolitik die Rede ist. Für mich wäre es zentral, zunächst einmal das komplett sinnfreie 2%-Aufrüstungsziel der NATO zu Fall zu bringen. Es wäre schon ein Gewinn, wenn eine Bundesregierung eine neuerliche Debatte einfordert würde und dabei klipp und klar erklärte, sich nicht mehr an dieser Maßgabe orientieren zu wollen. Ich plädiere aber ganz entschieden dafür, die Ausgaben für Rüstung, für die humanitäre Hilfe und die Entwicklungszusammenarbeit zu entkoppeln (was in der Praxis längst geschehen ist, allerdings zu Lasten der EZ-Mittel). Die Etatansätze in diesen Bereichen sollten nach jeweiligen konkreten Erfordernissen festgesetzt werden, wobei die Ausgaben für eine wirkliche friedenssichernde, nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit unbedingt zu priorisieren sind. Es wird hilfreich sein, sich in dieser Hinsicht die Wahlprüfsteine der NGOs anzusehen, die in der zivilen Konfliktbearbeitung, der Entwicklungspolitik und der Menschenrechte in diesem Jahr bestimmt wieder vorgelegt werden.

UNO-Gewaltmonopol oder Global Governance

M. Höhn fordert in einer Zwischenüberschrift: *„das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen durchsetzen“*. Im Text macht er deutlich, dass in den letzten Jahren (genauer: den letzten beiden Dekaden) die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen (VN) durch das Agieren der Großmächte erheblich eingeschränkt worden sei. Dies habe auch dazu geführt, dass die Möglichkeiten der VN in gewaltträchtigen Konflikten schlichtend einzugreifen oder besser noch, Konflikte präventiv zu verhüten, stark geschwächt worden sei. Und er hat grundsätzlich recht: Die VN sind nach Völkerrecht für den Weltfrieden zuständig und nicht eine Adresse unter Mehreren. Sie müssten in der internationalen Friedensdiplomatie und Streitschlichtung „den Hut aufhaben“ und die dafür benötigten materiellen und humanen Ressourcen zur Verfügung haben. Das dazu ggf. auch Einsätze gehören können, in denen der Einsatz von Gewalt (peace enforcement) nach Kapitel VII der UN-Charta legitimiert sein kann, steht für mich außer Zweifel. Der Völkermord in Ruanda 1994, der mit Blauhelm-Soldaten hätte verhindert werden können, steht dafür als Beispiel. Aber auch die Verhinderung des Völkermordes an den Jesiden im Irak 2014.

Dennoch finde ich die Überschrift Höhn, der die darauf folgende Textpassage entspricht, nicht ausreichend. Unser Tenor sollte vor allem lauten, dass die VN für die Wahrung und Durchsetzung des Völkerrechts (die Menschenrechte eingeschlossen) Sorge tragen muss – und sie dies nur verlässlich kann, wenn sich Sicherheitsrat, die Vollversammlung und die Unterorganisationen der VN an die Regeln des Völkerrechts halten. Das Gewaltmonopol, über dessen Ausgestaltung ohnehin weiter nachgedacht und diskutiert werden muss, ist ein Mittel zum Zweck. Obenan stehen die Ziele Frieden, Solidarität, nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte. Die Gewichte im VN-Krisenmanagement müssen in Richtung zivile Konfliktbearbeitung umgeleitet werden, und nicht in noch mehr Militäreinsätze. Ein solches Konzept betont die Schlüsselrolle der VN für eine regelbasierte Weltordnung und ihrer Aufgabe guter Regierungspolitik im Weltmaßstab mit vielen Akteuren zusammen.

II.

Der Text von Matthias Höhn ist heftig kritisiert worden. Eine der Wortmeldungen stammt aus der Feder von Alexander Neu, der Obmann der LINKEN im Verteidigungsausschuss ist.

Fantasieland - oder wie sich Dr. Neu die Welt zurechtlegt. Eine Streitschrift

Alexander Neu beginnt seinen Text mit dem sog. Münchner Konsens, der seit 2014 die deutsche Außenpolitik bestimmt. Damals wurde bekanntlich prominent auf die gestiegene Verantwortung Deutschlands in der Welt verwiesen, die mehr globales Engagement, ggf. auch militärisches, verlange. Vorausgegangen war der damaligen Münchner Sicherheitskonferenz die unrühmliche deutsche Rolle bei der Bewältigung der Eurokrise. Deutschland war maßgebend dabei, insbesondere dem gebeutelten Griechenland und den Südeuropäern harsche ökonomische Auflagen abzuverlangen und stürzte deren Volkswirtschaften in eine tiefere Krise. Das Bild von Deutschland als Zuchtmeister Europas machte die Runde. Die Vermutung, dass sich Deutschland nunmehr eine dominante Rolle in der EU anmaße, war daher nicht weit hergeholt. Seitdem ist einiges Wasser die Spree hinunter geflossen. Nach der Münchner Konferenz ereilte die „Flüchtlingskrise“ 2015 die EU. Die Bundesrepublik sah sich aus moralischen Erwägungen heraus, gezwungen, sich an die Spitze einer (zumindest vorübergehenden) Öffnungspolitik gegenüber syrischen und andern Bürgerkriegsflüchtlingen zu setzen. Der Rest der betroffenen Staatenwelt, namentlich die südosteuropäischen Nachbarstaaten, zeigte der Bundeskanzlerin die kalte Schulter. Was lehrt uns das? Erstens: Die Wahrnehmung von Verantwortung – in diesem Fall der

Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien – wurde durch die Bundesregierung in diesem Moment in einem positiven, zu befürwortenden Sinne aufgefasst. Mit der von A. Neu gegebenen Interpretation, es gehe bei der apostrophierten Verantwortung um „militärische Machtprojektion bis in den indo-pazifischen Raum“ hat dies jedenfalls nichts zu tun. Zweitens: Mit der Machtdurchsetzung scheint es nicht weit her zu sein, wenn selbst kleinere Länder wie Ungarn, Österreich, Slowenien, sich der „Führungsmacht“ Deutschland schlicht widersetzen können.

Das fährt auf den Ausgangspunkt zurück: Was ist eigentlich konkret aus dem Münchner Konsens geworden ist, was ist davon eigentlich übrig geblieben? Wenn es um militärisch basierte, globale Machtprojektion gegangen ist, wo hat sich dieses Verlangen materialisiert? Sind die Bundeswehr-Kontingente im Ausland aufgestockt worden? Wenn Ja, worum ist es dabei gegangen? Welche neuen Militärinterventionen haben seitdem stattgefunden?

Statt diesen Fragen konkret nachzugehen, weicht A. Neu auf agitatorische Formeln aus und nennt das Wilhelminische Kaiserreich und dessen koloniale Ambitionen auf einen „Platz an der Sonne“ in einem Atemzug mit der Bundesrepublik unter Kanzlerin Merkel. Mir ist nicht bekannt, dass Flottenboote der deutschen Marine unterwegs sind, um die Nationale Flagge vor Agadir zu hissen, und territoriale Ansprüche anmelden. Ob und inwieweit militärische Einsätze, an denen die Bundeswehr im Rahmen von EU, NATO und Vereinte Nationen (VN) beteiligt ist, imperialer Logik folgen und auf Herrschaftserweiterung zielen, wäre genauer zu belegen. Mit deutschem Kolonialismus haben sie jedenfalls nichts zu tun. Ja, es gibt Erscheinungsformen des Neokolonialismus, den ich in der Politik Frankreichs im frankophonen Afrika entdeckte, der sich nicht zuletzt auf kulturelle Dominanz und gezielte Elitenbildung stützt. Das ist mit Goethe-Instituten und Deutscher Welle nicht zu machen. Aber der Vorwurf trifft zu, dass sich Bundesregierungen in diese Unternehmungen haben hineinziehen lassen (Mali). Beim Regime Change in Libyen hat man sich glücklicherweise verweigert, weshalb man jetzt in einer günstigen Position ist, als „ehrlicher Makler“ auftreten zu können.

Neu rückt in seinem Text den „Majdan-Putsch“ 2014 in der Ukraine in die unmittelbare Nähe der Sicherheitskonferenz und insinuiert damit wohl, dass sich darin der „Geist von München“ ausgedrückt habe. Wenn damit die unverschämte Einmischung führender US-Politiker gemeint ist, hat er völlig Recht. Und ich stimme auch zu, dass das Agieren der EU, die die Ukraine vor die Wahl stellte, sich für die EU und gegen Russland entscheiden zu müssen, unklug und schändlich war. Das Dumme ist nur, dass es hier nicht nur um führende Akteure

ging, sondern um Millionen Menschen, die durchaus eigensinnig waren und sind. Neu und Co. erwecken den Eindruck, wenn es um „westlich orientierte“ Aufstandsbewegungen im postsowjetischen Raum geht, hier würden Menschenmassen wie Marionetten von imperialistischen Regierungen in Bewegung gesetzt und manipuliert. Vielleicht haben Millionen Menschen ja ihre (legitime) Gründe wenn sie sich für die Annäherung an die EU statt an die Russische Föderation entscheiden? Auch die Massenmobilisierungen in Weißrussland sind nicht Resultat westlicher, von George Soros finanzierter Verschwörungen. Die Menschen verteidigen ihre demokratischen Rechte und sie wenden sich von Russland deshalb ab, weil Wladimir Putin den despotischen Machthaben Lukaschenko stützt.

Auf welcher Seite sollten wir da eigentlich stehen? Oder ist es nicht doch gut, sich eine eigenständige Haltung zu bewahren? Dazu später mehr.

Gute Hegemonie?

Um ein Gesamtbild von „deutscher Hegemonie und Folgen“ zu erhalten, soll ein ganz anderer Fall der jüngeren Geschichte herangezogen werden: Die Corona-Pandemie hat die staatlichen Haushalte und die Wirtschaft innerhalb der EU in eine schwere Belastungsprobe gestürzt. Die Bundesregierung hat sich in dieser Situation mit Frankreich zusammen *mächtig* ins Zeug gelegt und den European Recovery Fund durchgesetzt. Es ging um ein 750 Mrd. Euro umfassendes Investitionsprogramm, mit dem die Volkswirtschaften gestützt und ökologische Erneuerung angestoßen werden soll und dies teilweise schuldenfinanziert. Der Fond markiert einen deutlichen Bruch mit den vormaligen neoliberalen Dogmen und ist schon deshalb zu begrüßen. Dennoch haben die Umweltverbände und -politiker diesen Kraftakt hart kritisiert. Zu Recht: Er bleibt hinter den ökologischen Erfordernissen weit zurück und die sozialen Komponenten bleiben unterentwickelt. Aber es war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, der durch eine Kombination aus politischem/öffentlichen Druck und materiellen Anreizen (Zugeständnisse bei der Mittelverteilung) zustande gekommen ist und gegen die unselige „Allianz der Geizigen“ durchgesetzt werden musste. Es war, wenn man so will, die Inanspruchnahme einer hegemonialen Rolle durch Deutschland und Frankreich. Und das war gut so!

Über all die hier nur angerissenen Widersprüche und widerstreitenden Tendenzen, die die deutsche/europäische Politik ausmachen, geht A. Neu mit lockerem Federstrich hinweg. Übrig bleibt ein Text, der viel apodiktische Setzungen (Ideologie) und wenig Empirie (Übereinstimmung mit den Tatsachen) enthält.

Das Problem des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen

Beispiel: Die Beschlüsse des VN-Sicherheitsrats kämen nur zustande wenn sie im Interesse der Großmächte erfolgen würden. Das ist recht banal. Warum sollten sich die Mitglieder des Sicherheitsrates gegen ihre Interessen wenden? Die Frage bleibt: Geht es bei diesen Entscheidungen immer um Interessen? Welche wären das? Gibt es nicht auch das Interesse, einen gewaltförmigen Konflikt zu entschärfen, einen Waffenstillstand zu stabilisieren, humanitäre Hilfe bereitzustellen etc.? Das kann aber nach der Logik vom Neu nicht sein, alldieweil es sich ja um imperialistische Staaten handelt. Wenn dies so wäre, würde im übrigen die Neu'sche Logik greifen, dass die Interessen dieser Länder gegeneinander gerichtet sind, wovon er ja im Falle von Russland/China vs. NATO an anderer Stelle ausgeht. Das würde logischerweise bedeuten, dass keine gemeinsamen Beschlüsse und Aktionen zustande kommen können. Oder haben wir es mit einem Ultraimperialismus (K. Kautsky) zu tun? Noch tautologischer ist der Satz: Da es sich bei der Durchsetzung des VN-Gewaltmonopols um Militäreinsätze von interessegeleiteten Großmächten handele, würde auch eine Beteiligung an diesen Einsätzen den Interessen dieser Großmächte und „deutschen Großmachtambitionen“ dienen. Da bleibt an Spielraum für positives Handeln wenig übrig, nur der heroische Widerstand.

Eine andere Schlussfolgerung lautet bei A. Neu: Erst nach einer grundlegenden institutionellen Reform könne von Friedensmissionen der VN die Rede sein, an denen eine Beteiligung in Erwägung zu ziehen sei. Es ist ehrenwert und entspricht linker Programmatik, sich für solche Reformen (Abschaffung des Vetorechts, Aufwertung der Generalversammlung v.v.m.) einzusetzen. Die Ehrlichkeit gebietet es zu sagen, dass diese Reformen in diesem Jahrzehnt, vielleicht noch länger, nicht realisiert werden. Der Vorschlag Alexander Neus läuft ergo auf eine lange Zeit der Abstinenz gegenüber den Vereinten Nationen hinaus. Wie das mit den UN-freundlichen Grundsätzen der LINKEN vereinbar ist, wäre dann die Frage.

Äquidistanz, oder: Die normativen Grundlagen linker Außenpolitik

In einem Punkt ist das Papier von Alexander Neu wirklich aufschlussreich. Sein zentraler Vorwurf an M. Höhn besteht darin, dass er diesem eine Äquidistanz zu NATO/EU einerseits und Russland/China andererseits vorhält. Eine solche Äquidistanz sieht Neu darin, wenn man NATO, die EU, den Westen auf eine Stufe stelle mit Russland oder China (wobei offen bleibt, ob er diese Staaten als nicht imperialistisch einstuft). Ein gleicher Abstand zwischen diesen beiden Polen bedeute, so seine Unterstellung, dass man die Vorherrschaft der westlich-

kapitalistischen Welt vernachlässige und deren Missetaten verharmlose. Einer Logik folgt das nicht: Ich kann gegenüber den beiden Antipoden grundsätzlich gleichermaßen distanziert sein, ohne die Taten einer der Seiten zu relativieren. Man könnte eher sagen, dass eine Relativierung dann stattfindet, wenn man die etwas weniger schlimme Seite entschuldigt. Aber schauen wir uns das Ganze einmal genauer an:

Die USA geführte NATO liegt bei den Rüstungsausgaben weit vorne. Sie haben ein weltweites Stützpunktsystem errichtet, das es in der Geschichte so nicht gegeben hat. Vor allem die USA verfolgen gegenüber missliebigen Regimes eine Politik aggressiver Sanktionen. Und sie haben in einigen Fällen, auch abhängig von der jeweiligen Präsidentschaft, immer wieder ihr Heil in einer Regime Change-Politik versucht. Dass in diese Unternehmungen auch die anderen NATO-Staaten mehr oder weniger involviert sind, ist nicht zu bestreiten. Und dagegen wenden wir uns zu Recht. Merkwürdig nur, dass das Agieren Russlands auf der anderen Seite in ein ganz mildes Licht getaucht werden: Russland kopiere doch nur, was der Westen vorgemacht habe, reagiere nur auf Provokationen, wie im Falle Georgiens und habe sich im syrischen Bürgerkrieg eingemischt, hier allerdings völkerrechtskonform, weil auf Einladung der Assad-Regierung und als Nothilfe gegen den islamistischen Ansturm durch den IS.. Dies sei keine Rechtfertigung Russlands, so Neu weiter, aber ein Verweis darauf, dass der Westen sich häufiger und massiver einmische. Könnte das auch mit den bestehenden Kräfteverhältnissen zu tun haben und nichts über den besseren oder schlechteren Charakter der jeweiligen Interventionsmacht aussagen? Hat die etwas stärkere Betonung des Multilateralismus in der deklarierten russischen Politik nicht auch damit zu tun, dass man, am kürzeren Hebel sitzend, natürlich den Sicherheitsrat anruft, indem man eine Machtposition (Vetorecht) hat? Und was den Syrien-Einsatz betrifft, macht sich Neu einer schlimmen Unterlassung schuldig: Die systematischen Verletzungen des humanitären Völkerrechts, sprich: die Kriegsverbrechen (u.a. Bombardierung von Krankenhäusern, unterschiedslose Kriegsführung) durch die russische Luftwaffe kommen bei ihm nicht vor. Dann aber dürfen wir über die Tanklaster-Bombardierung bei Kunduz auf deutschen Befehl nicht mehr reden. Und was die Rettungsaktion in Syrien vor dem IS betrifft, so hat die Putin-Regierung wie die Trump-Regierung die Kurdinnen und Kurden schmähsch im Stich gelassen, sobald es eigenen Machtinteressen diene. Wo ist hier der Unterschied. Hier ist Äquidistanz auf der Basis der eigenständigen Verteidigung des Völkerrechts und der Menschenrechte geradezu geboten! Das Beispiel zeigt auch, wie sehr man sich verheddert und das kommt bei Mitgliedern der Linksfraction im Bundestag immer wieder vor, wenn man meint sich auf die Seite falscher Freunde schlagen zu müssen.

Aber meine Differenz ist noch grundsätzlicher: A. Neu will die sog. Äquidistanz offensichtlich durch eine größere Nähe zu den weniger Schlimmen (RUS/China) auflösen – sonst gibt der Vorwurf der Äquidistanz keinen Sinn! Ich sehe es genau entgegengesetzt. Meine Position ist entschieden näher an der EU und der Bundesrepublik als an Russland oder China oder anderen autoritären Staaten. Und zwar deshalb, weil hier Alexander Neu seine Meinung frei äußern, energische Oppositionspolitik im Bundestag und auf der Straße machen kann und nicht fürchten muss, verfolgt, vergiftet, oder mundtot gemacht zu werden. Die parlamentarische Demokratie, der Pluralismus, Rechtsstaat und die Möglichkeit kritischer Gegenöffentlichkeit sind verteidigungswerte Freiheitsgüter. Sie sind fundamental, wenn es um eine linke Gesellschaftsvorstellung geht. Autoritäre Ein-Parteien-Regime, in denen die Freiheitspielräume auf ein Minimum begrenzt sind und der Repressionsapparat jederzeit zuschlagen kann, sind es nicht. Und hier ist des Pudels Kern, warum das Image der LINKE und ihrer Glaubwürdigkeit in der Außenwahrnehmung immer wieder beschädigt wird. Die LINKE muss sich folglich entscheiden, ob sie die üble Hinterlassenschaft aus der Zeit des Kalten Krieges übernehmen will, „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ oder doch nicht. Dann kommt es eben nicht mehr in Frage, an Regimen, die Frauenrechte brutal unterdrücken und Protestbewegungen militärisch niederschlagen, wie der Ortega-Clan in Nicaragua, schon mal positiv bewertet werden, weil sie den USA die Stirn bieten. Auch das Assad-Regime, das sich schlimmer Kriegsverbrechen schuldig gemacht hat und seinen Teil dazu beigetragen hat, dass über die Hälfte der eigenen Bevölkerung außer Landes getrieben wurde, ist kein Bündnispartner.

Nun dürfte es so sein, dass eine Haltung, die unter dem Vorzeichen eines Antiimperialismus Freiheitsrechte zur Disposition stellt, nur von einer Minderheit der LINKEN vertreten wird. Aber solange lautstarke Minderheiten im Bereich Internationales den Ton angeben und von der passiven Mehrheit gedeckt werden, muss sich die Partei als Ganzes diese fatale Orientierung zuschreiben lassen. Es ist auch höchste Zeit, dass diesbezüglich das politische Koordinatensystem auf der linken Seite zurecht gerückt wird: Äquidistanz, d.h. Abstand halten zu Regierungen, die die Menschenrechte verletzen und Bürgerrechte einschränken, ist eine Frage linker Glaubwürdigkeit.